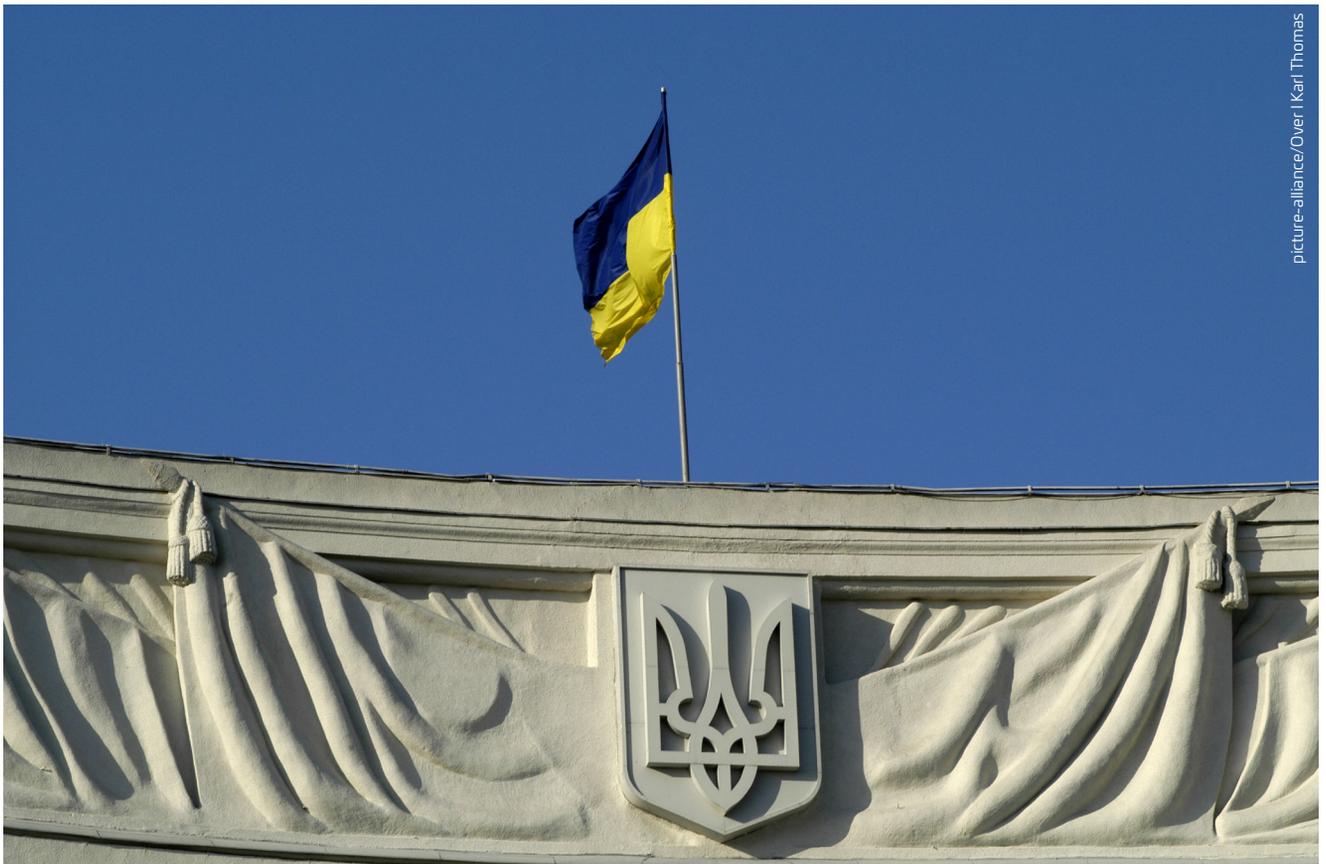


Das Streben nach Selbstbestimmung

Die Ukraine im 20. Jahrhundert

Seit Jahren stellt der russländische Präsident Wladimir Putin die Unabhängigkeit der Ukraine in Frage. Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich ein ukrainisches Nationalbewusstsein, das Streben nach Selbstbestimmung, für das die Ukrainer seitdem kämpften. 1918 erfolgte die erste und 1991 die international anerkannte Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.

Von Rudolf A. Mark



picture-alliance/Over | Karl Thomas

Symbol der Selbstbestimmung: die ukrainische Flagge und das Unabhängigkeitswappen, März 2003.

Die Geschichte der Ukrainer, Russen und Weißrussen (Belorussen) beginnt im ostslawischen Reich der Kiewer Rus (10.–13. Jahrhundert). Der Begriff »Ukraina« kam seit dem 12. Jahrhundert immer häufiger für die Gebiete zwischen der Steppe nördlich des Schwarzen Meeres und dem Siedlungsland in Gebrauch. Es war die Lebenswelt von Nomaden und bald der Kosaken. Deren autonome Herrschaftsverbände spielten in der Geschichte der zwischen Polen, Litauen und der Moskauer Rus sich herausbildenden ukrainischen Staatlichkeit eine tragende Rolle.

Nach der Ersten Teilung Polens 1772 kamen der Südwesten und Westen der Ukraine unter Habsburger Herrschaft, während nach der Zweiten Teilung Polens 1793 der größte Teil der Ukraine unter dem russischen Zarenzepter stand.

Die Ukrainer wurden als *Kleinrussen*, *Russen* oder auch als *Rusinen* bezeichnet. Sie lebten überwiegend auf dem Land, wo sich ihnen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts Aufstiegsmöglichkeiten boten und sie ein ukrainisches Nationalbewusstsein entwickelten.

Es konnte im Russländischen Reich zwar unterdrückt, aber nicht ausgelöscht werden. Zudem hofften die Ukrainer Russlands wie jene der österreichischen Kronländer Galizien und Bukowina auf nationale Autonomie, die sie nach Ende

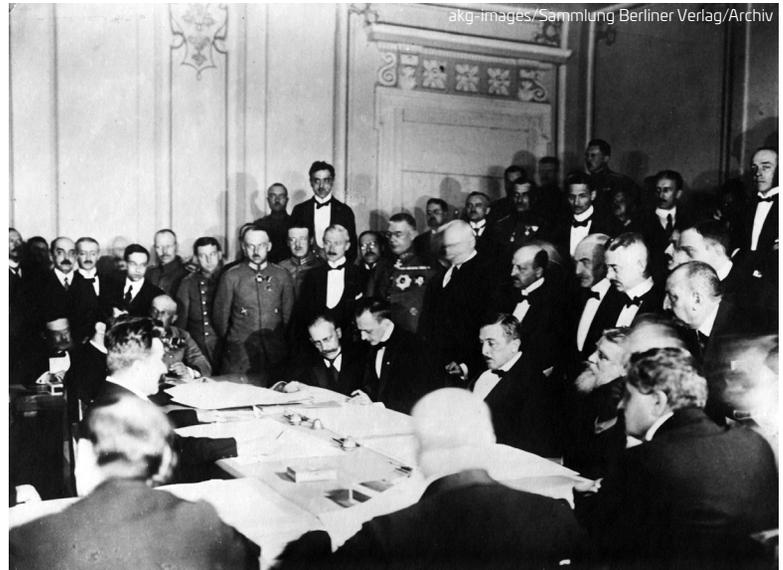
des Ersten Weltkrieges vehement zu fordern begannen.

Revolution und Neubeginn

Die Februarrevolution und die Abdankung des Zaren 1917 mobilisierten in den ukrainischen Gouvernements Russlands politische und gesellschaftliche Kräfte jeglicher Couleur. Sie versammel-

ten sich Anfang März in Kiew zu einer Ukrainischen Zentralna Rada (ukrainisch: Zentralrat), einem revolutionären Vorparlament, mit dem ein neues Kapitel der ukrainischen Geschichte eröffnet wurde.

Während die Provisorische Regierung Russlands und der Sowjet (russisch Rat) der Arbeiter- und Bauerndelegierten in Petrograd (heute Sankt Petersburg) an



Der Frieden von Brest-Litowsk: Die ukrainische Delegation unterzeichnet das Friedensprotokoll am 9. Februar 1918.



Rückeroberung von Kiew durch die Rote Armee, Juni 1920.

der Einheit Russlands festhalten und den Krieg gegen die Mittelmächte weiterführen wollten, setzten die Ukrainer auf nationale Autonomie. Führende Kräfte waren ukrainische Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die sich mit prominenten Persönlichkeiten wie dem Historiker Mychajlo Hruschewskij und dem Schriftsteller Wolodymyr Wynnytschenko an der Spitze gegen die Sowjets durchsetzen konnten.

Legitimation erhielt ihre Politik zudem von einem im April 1917 zusammentretenden Nationalkongress und den Mitgliedern zahlreicher Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Am 10. Juni 1917 erklärte die Zentralna Rada die Autonomie der Ukraine und nach der bolschewistischen Oktoberrevolution am 7. November 1917 die Ukrainische Volksrepublik (UNR) als Teil einer föderativen, russländischen Republik. Dem folgte am 12. Januar 1918 die Proklamation der Unabhängigkeit der Ukraine, nachdem die Bolschewiki (Mehrheitsgruppe der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1918: RKP/b, später: KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion) am 12. Dezember 1917 in Charkiw eine Sowjetregierung eingesetzt hatten und nun gegen Kiew vorstießen.

Aus der Not geboren, schloss die UNR am 9. Februar 1918 mit den Mittelmächten des Ersten Weltkrieges den Vertrag von Brest-Litowsk über Lebensmittellieferungen im Gegenzug für Militärhilfe. In dessen Folge zwangen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen die Bolschewiki zum Rückzug aus der Ukraine und setzten die Rada wieder ein.

Kampf um den neuen Staat

Nach Konflikten der Besatzungsmächte mit der UNR ließ das Deutsche Kaiserreich die Rada durch den General und Grundbesitzer Pawlo Skoropadskij als Hetman (Oberster Führer des Kosakenheeres) der Ukraine ersetzen. Er sollte für Ruhe, Ordnung und die vereinbarten Getreidelieferungen sorgen, stieß aber nicht nur bei den ukrainischen Revolutionären auf Widerstand. Der Zusammenbruch der Mittelmächte und die

Hinwendung des Hetmans zum westlichen Bündnis der Entente und großrussischen Kreisen führten im November 1918 zur Bildung eines revolutionären Direktoriums zur Wiederherstellung der UNR.

An dessen Spitze standen die Sozialdemokraten Wynnytschenko und Symon Petljura. Letzterer, ein tatkräftiger nationaler Revolutionär, genoss unter den Soldaten ein hohes Ansehen und kommandierte bald als Holownyj Otaman (ukrainisch Hauptataman) die Streitkräfte der sich neu formierenden UNR. Sie erzwangen Mitte Dezember den Sturz Skoropadskijs und bemächtigten sich des größten Teils der Ukraine. Ihr schlossen sich am 21. Januar 1919 die galizischen Ukrainer an, die nach dem Ende der Habsburger Doppelmonarchie am 13. November 1918 in Lemberg (Lwiw) eine Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) ausgerufen hatten. Dies stieß auf den massiven Widerstand der ansässigen Polen, die das ehemalige Kronland ihrer polnischen Republik eingliedern wollten.

Der neu geschaffene Staat sah sich mit zahlreichen Problemen und Hindernissen konfrontiert. Dabei spielten ideologische und politische Gegensätze eine Rolle, die nicht nur linke und rechte Politiker trennten, sondern auch die unterschiedlichen Herkunftskulturen widerspiegelten. Gefährlicher war aber, dass sich die UNR im Bürgerkrieg neben bolschewistischen Eroberungsversuchen auch deren »weißgardistischen« Gegnern sowie anarchistischen und marodierenden Gruppen zu erwehren hatte. Dazu mussten rumänische und polnische Versuche, das Territorium ihrer Staaten auf Kosten der UNR zu erweitern, unterbunden werden. Auf der Friedenskonferenz von Paris wurde 1919 mit



Pawlo Skoropadskij nimmt als vom Deutschen Kaiserreich gestützter Hetman eine Parade ab, 1918.

Rücksicht auf Russland kein ukrainischer Staat akzeptiert, sodass sich die Ukrainer von allen Seiten bedrängt und bedroht sahen. In ständigen Kämpfen engagiert, konnte die seit Frühjahr 1919 unter der Führung Petljuras stehende UNR ihre sozialökonomischen Ziele, vor allem eine Klärung der Landfrage, nicht umsetzen und daher auch nicht die landlose bäuerliche Bevölkerung gewinnen. Antisemitische Pogrome, Chaos, Zerstörungen, wechselndes Kriegsglück und fehlende Unterstützung von außen ließen Petljura schließlich Hilfe in Warschau suchen. Gegen die Abtretung Galiziens und Teilen Wolhyniens konnte die UNR im April 1920 ein Bündnis mit Polen unter Józef Piłsudski abschließen und in einer gemeinsamen Offensive



Datei:Piłsudski, Petlura Polish and Ukrainian Officers 1920.jpg – Wikipedia

Mit Unterstützung des polnischen Staatschefs Józef Piłsudski versuchte der von den Mittelmächten anerkannte Präsident Symon Petljura, die Ukraine Volksrepublik wiederherzustellen. Hier sind Piłsudski und Petljura gemeinsam mit ukrainischen Offizieren zu sehen, 5. September 1920 (Adam Szelagowski »Wiek XX«, Warszawa 1937).

gegen die Bolschewiki ihre Hauptstadt Kiew für kurze Zeit zurückerobern.

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Der sich abzeichnende Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg sowie die Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz führten im März 1921 zum Frieden von Riga. Er legte die Grenzen zwischen der 1919 gegründeten Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) und Polen fest. Inzwischen waren die übrigen Teile der Westukraine zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei aufgeteilt worden, während Ostgalizien 1923 unter Auflagen des Minderheitenschutzes Polen zugeschlagen wurde. Vor allem unter den Nachfolgern Piłsudskis wurden dessen Bestimmungen aber immer weniger beachtet, so dass sich die Beziehungen zwischen Ukrainern und der polnischen Verwaltung massiv verschlechterten. Ein Grundproblem war dabei die Nichtanerkennung der Ukrainer als eigenständige Nation durch die Polen. Römisch-katholische Ukrainer wurden als Polen betrachtet, während die Griechisch-Katholische (unierte)

Kirche unter ihrem Metropoliten Andrij Scheptyckij die einzig wichtige ukrainische Institution darstellte. Da die Ukrainer unter Habsburger Herrschaft politische Erfahrungen im österreichischen Verfassungsstaat gemacht und ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein entwickelt hatten, gab es auch unter polnischer Herrschaft ein ukrainisches Parteiensystem, das aber in der praktischen Politik keine große Rolle spielte. Gleichzeitig reagierten die radikalen nationalistischen Kräfte mit aktivem Widerstand. Ehemalige Soldaten der UNR hatten schon 1920 eine Ukrainische Militärische Organisation (UVO) gegründet, aus der bis 1929 die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) hervorging. Ihre Terroraktionen wurden mit harten staatlichen Strafmaßnahmen geahndet, die zwar Gefängnisse und Straflager füllten, den Terror aber nicht beseitigen konnten. Die polnische Politik gegenüber der zahlreichen jüdischen Bevölkerung in den galizischen und wolhynischen Territorien blieb insgesamt ambivalent. Sie schwankte zwischen staatlicher Kooperation mit religiösen jüdischen Einrichtungen und einem Antisemitismus, der Juden im-

mer wieder massiven Diskriminierungen aussetzte. Ausgesprochen repressiv war auch die Minderheitenpolitik der rumänischen Regierung – während die sich als *Rusynen* bezeichnenden Karpaten-Ukrainer in der Tschechoslowakei Autonomierechte genossen.

Die Ukrainer in der Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Kriege und der Bürgerkrieg ruinierten die Infrastruktur und die Wirtschaft der Ukraine über alle Maße und brachten unsägliches Leid über die Bevölkerung. Gleichzeitig hatte der lange Unabhängigkeitskampf der UNR unter Petljura Spuren hinterlassen und die Bolschewiki mit der Dringlichkeit der Klärung der nationalen Frage konfrontiert. Daher war sich die Führung der Kommunistischen Partei unter Lenin und Stalin einig, den bolschewistischen Vielvölkerstaat als eine Union nationaler Republiken zu organisieren und die nationalen Sprachen und Kulturen zu fördern. Durch eine systematische Ukrainisierung sollte die Bevölkerung in dem 1922 als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründete-

ten neuen Staat eingewurzelt und das Russische zurückgedrängt werden. Dies geschah mit großem Erfolg, sodass Ende der 1920er Jahre Ukrainer und die ukrainische Sprache Partei und staatliche Einrichtungen bestimmten.

Dem folgte allerdings eine Zeit der Katastrophe, als Stalin 1929 eine radikale politische Neuorientierung initiierte. Durch eine brachial vorangetriebene Industrialisierung, umgreifende gesellschaftliche Disziplinierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sollte aus der Sowjetunion ein moderner Industriestaat werden. Mit Säuberungen des Partei- und Staatsapparates sowie aller Wirtschaftssektoren, dem Millionen von Menschen zum Opfer fielen, wurden grundstürzende Veränderungen durchgesetzt. Das nötige Kapital und die Versorgung der Industriearbeiterschaft hatte vor allem die Landwirtschaft aufzubringen, die in der Ukraine mit besonderer Brutalität zwangskollektiviert wurde. Da historisch bedingt die ukrainischen Landwirte im Unterschied zu den russischen Bauern stärker an Grund und Boden als Eigentum gebunden waren, widersetzten sie sich besonders massiv den Kollektivierungskampagnen. Sie wurden daher zwangsenteignet und zu Hunderttausenden in den Norden und Osten der Sowjetunion deportiert. Protestaktionen der Bauern, staatliche Getreide- und Lebensmittelenteignungen, aber auch Sabotage und Arbeitsverweigerung in den Kolchosen und Sowchosen führten in der Ukraine zwischen 1931 und 1933 zu sechs Millionen Hungertoten. Diese als »Holodomor« bezeichnete und von vielen Beobachtern – wie auch vom ukrainischen Parlament – als Genozid bewertete Hungersnot belastet bis heute die Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern. Sie ist Gegenstand geschichtswissenschaftlicher und geschichtspolitischer Auseinandersetzungen. Allerdings bleibt ungeklärt, ob der Hungertod von Stalin bewusst hingenommen wurde, weil er die als Nationalisten verdächtigten Ukrainer (»Petjuristen«) dezimieren

oder deren Widerstand besonders hart bestrafen wollte. Außerdem wurden nun auch die Erfolge der Ukrainisierung teilweise rückgängig gemacht. Institutionen und Einrichtungen wurden Schritt für Schritt russifiziert, das Russische wurde Pflichtfach im Kultur- und Bildungswesen. Zudem wurden die ukrainischen Eliten aller gesellschaftlichen und staatlichen Sphären verhaftet, verschickt oder umgebracht – einschließlich der gesamten Führungsschicht in Partei und Regierung. Auch Russen, Juden und Angehörige anderer Minderheiten fielen damals dem Stalin'schen Terror zum Opfer. Gleichzeitig kamen 1938 mit dem neuen 1. Sekretär der Ukrainischen Kommunistischen Partei, Nikita S. Chruschtschow, vermehrt Russen nach Kiew. Die Terrorphase hielt bis in den Zweiten Weltkrieg hinein an, wobei nach der Eingliederung der Westukraine infolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 weitere Mordtaten und Deportationen folgten. 1944 wurde

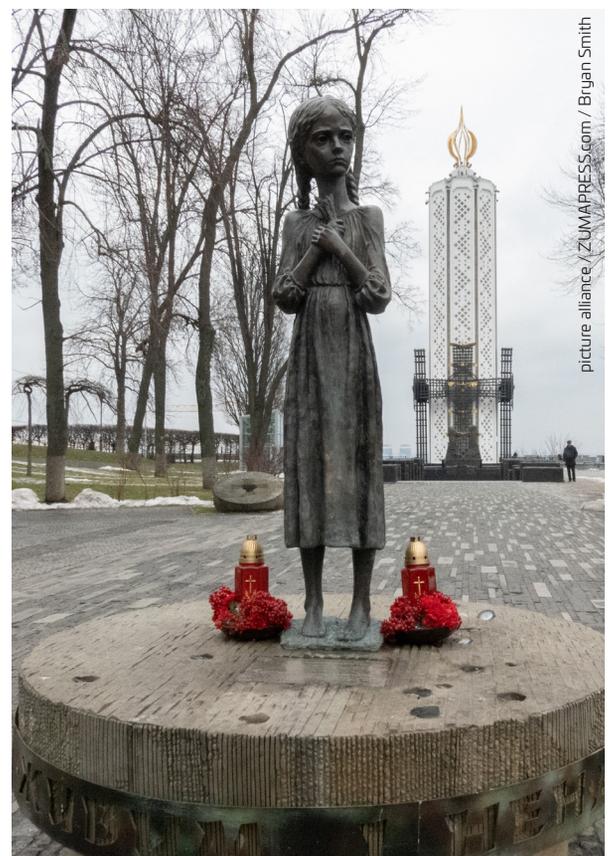
zudem nach Abzug der Wehrmacht die gesamte krimtatarische Bevölkerung nach Zentralasien deportiert.

Nachkriegszeit

Im Zweiten Weltkrieg waren nicht nur zahlreiche Städte und die Infrastruktur des Landes zerstört worden. Die Ukraine hatte auch Bevölkerungsverluste von fünf bis sieben Millionen Einwohnern zu beklagen. (siehe Beitrag »Zweiter Weltkrieg«)

Dessen ungeachtet ließ Stalin nach Kriegsende Hunderttausende Ukrainer der OUN und der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) wegen Kollaboration, Landesverrat und Partisanenaktionen bestrafen und depotieren. Dies hielt bis in die 1950er Jahre an. Gleichzeitig wurde die Griechisch-katholische Kirche verboten und dem orthodoxen Patriarchat Moskau eingegliedert. Da der Krieg und seine Grenzveränderungen nun fast alle von Ukrainern bewohnten Gebiete unter die Herrschaft Stalins ge-

Mahnmal: Die »Holodomor«-Gedenkstätte bei Kiew erinnert an die Hungertoten in den 1930er Jahren.



picture alliance / ZUMA PRESS.com / Bryan Smith

bracht hatte, musste die westliche Ukraine in das sowjetische System integriert werden. Dies geschah durch umfassende Deportationen und Völkerverschiebungen. Rund eine Million Polen wurden überwiegend in die ehemaligen deutschen Ostprovinzen und 500 000 Ukrainer aus Polen in die Ukraine umgesiedelt. Auch Bevölkerungstransfers mit der Tschechoslowakei und Rumänien veränderten die einstige ethnische Vielfalt dieser ostmitteleuropäischen Region. Gleichzeitig wurde der Wiederaufbau von Partei und Staat in Angriff genommen, stets begleitet von weitreichenden Säuberungen der Parteistrukturen. Sie erfassten zudem Wissenschaftler und Kulturschaffende, denen Nationalismus oder wie im Falle jüdischer Intellektueller Kosmopolitismus zum Vorwurf gemacht wurden.

Der Wiederaufbau und die Erneuerung der Wirtschaft der Ukraine erfolgten bis 1955 rasch und erfolgreich in den großen Industrievieren des Donbass/Donbas und am unteren Dnjepr/Dnipro. Weniger produktiv entwickelte sich

selbst in den besonders fruchtbaren Schwarzerdegebieten die kollektivierte Landwirtschaft. Zugleich kam es infolge landschaftlich bedingter Dürren und der Getreideexporte in die Satellitenstaaten Ostmitteleuropas zu Hungersnöten.

Entspannungsphase

Eine Tauwetterphase trat 1953 nach Stalins Tod unter dessen Nachfolger Nikita Chruschtschow ein. Nun konnten Ukrainer an die Spitze von Partei- und Regierungsorganen der USSR treten, wodurch sich auch der Anteil der Ukrainer in der Partei zu erhöhen begann. Unter Chruschtschow wurde nach seiner Entstalinisierungsrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 eine große Zahl politischer Gefangener in die Freiheit entlassen und allmählich der ukrainische Einfluss auf die Entscheidungen Moskaus erhöht. Allerdings blieben die Ukrainer weiterhin die »jüngeren Brüder« der Russen, wie etwa die 1954 aufwendig begangenen Feiern zum 300-jährigen Jubiläum der

Vereinigung der linksufrigen Ukraine 1654 mit dem Zartum Moskau erkennen ließen. Gleichzeitig wurde die Krim aus dem Verband der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik herausgelöst und der Sowjetukraine angegliedert, nicht – wie es hieß – aus »brüderlicher Liebe des russischen Volkes« zu den Ukrainern, sondern weil die föderale Struktur der Russländischen SFSR eine Anpassung erforderte. Damals verlor Karelien seinen Status als Sowjetrepublik und wurde zur Autonomen SSR zurückgestuft dem Staatsverbund der RSFSR eingegliedert. Inoffizielle Erklärungen weisen auch auf bessere Entwicklungschancen hin, welche die Zugehörigkeit der Halbinsel zur direkt benachbarten Ukr.SSR ermöglichen sollte.

In der Breschnew-Zeit (1964–82) erlebten die Ukraine und ihre Bevölkerung wechselweise Phasen von politischer Unterdrückung und autonomer Freiheit. Unter dem Parteichef Petro Schelest (1963–1972) erfreuten sich ukrainische Sprache und Kultur einer im-



Reaktorunglück: Soldaten messen nach der Katastrophe von Tschernobyl/Tschornobyl die radioaktive Strahlung, April 1986.



picture-alliance/dpa/Code_Novo

mer wieder erkennbaren Förderung, während er selbst die Erweiterung seines Einflusses in Moskau im Blick hatte. Seine gegenüber dem sowjetischen Zentrum nicht immer eindeutige Haltung stieß in der Parteiführung auf zunehmende Kritik und beförderte 1972 den Breschnew-Vertrauten Wolodymyr Schtscherbytzkyj auf den Stuhl des ukrainischen Parteivorsitzes. Mit seinem Machtantritt begann eine neue politische Eiszeit. Schriftsteller, Wissenschaftler und Intellektuelle wurden wegen ihrer angeblich ukrainisch-nationalistischen Haltung kritisiert, verfolgt und in Haft genommen, ohne dass die Partei der Dissidenten tatsächlich Herr werden konnte. Dazu trug auch die Schlussakte von Helsinki 1975 bei, die der Oppositionsbewegung mit Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte sowie Gewährung von Meinungs- und Informationsfreiheit neuen Auftrieb und allgemeinen Rückhalt in der internationalen Öffentlichkeit verlieh.

Perestrojka

Dessen ungeachtet änderte sich an der allgemeinen Lage der Ukraine in der sogenannten Zeit der Stagnation auch nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1985 zunächst nichts. Dessen Politik der

Perestrojka (ukrainisch Perebudowa) begann erst nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl/Tschornobyl im April 1986 Wirksamkeit zu entfalten. Die nur zögerlich anlaufende Katastrophenhilfe Moskaus mobilisierte Schriftsteller, Wissenschaftler und Politiker, denen sich rasch Umweltschützer anschlossen. Sie organisierten mit Unterstützung der Partei Die Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland seit Ende 1987 die informelle Vereinigung Selenyj swit (Grüne Welt), und 1989 fand in Kiew die Gründung der »Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka« statt. Fast gleichzeitig wurde Schtscherbytzkyj von Moskau abgesetzt. Soziale Not und Streiks in den großen Industrierevieren, der Niedergang der KPdSU, die unionsweite Debatte um eine neue Verfassung und erste Separationen von Sowjetrepubliken stärkten die nationale Bewegung der Ukraine. Schließlich erklärte der Oberste Sowjet in Kiew am 16. Juli 1990 die Souveränität sowie nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow am 24. August 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine. Sie wurde in einer Volksbefragung im Dezember von 90 Prozent der Bevölkerung (über 50 Prozent auf der Krim) bestätigt. Die unabhängige Ukraine übernahm Embleme, Wappen und Farben der von Petljura geführten UNR.

Die Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit der Ukraine konfrontierte das Land mit grundlegenden Problemen. Vor allem war die Partnerschaft mit Russland schwierig, das die Trennung der Ukraine nie wirklich akzeptieren wollte. Zudem gewannen ähnlich wie in Russland skrupellose Unternehmer, die sogenannten Oligarchen, Einfluss auf die Wirtschaft und die Politik des Landes. Als ein Dauerproblem erwies sich die Krim, deren überwiegend russische Bevölkerung auf Unabhängigkeit sann, sich aber mit einem Autonomiestatus abfinden musste. Weitere Konflikte bedingten die Rückkehr der Krimtataren aus ihren Verbannungsorten sowie militärische Aspekte. 1994 verzichtete die Ukraine auf ihre Nuklearwaffen, wofür ihr Ende 1994 im Budapester Memorandum Sicherheitsgarantien durch die USA, Russland und Großbritannien verbrieft wurden. (siehe Beitrag »Europäische Friedensordnung«) Erst kurz vor der Jahrtausendwende wurde durch eine Teilung der Streitkräfte und einen bis 2047 verlängerten Pachtvertrag des russischen Stützpunktes Sewastopol eine vorläufige Einigung zwischen Moskau und Kiew erreicht.

Spannungen mit Russland ergaben sich auch aus der Energieabhängigkeit



Pro-EU-Demonstration: Tausende gehen im Dezember 2013 in Kiew gegen die Politik von Präsident Janukowytsch auf die Straße. Der heutige Bürgermeister Kiews Vitali Klitschko spricht zu den Demonstranten.

der Ukraine von Russland sowie in weiteren politisch und wirtschaftlich relevanten Bereichen. Daran konnten Handelsabkommen sowie ein 1997 unterzeichneter Freundschafts- und Kooperationsvertrag nichts ändern. Gleichzeitig begann sich die Ukraine dem Westen und seit 1997 auch der NATO anzunähern. 1999 wurde der Beitritt zur EU zum Staatsziel erklärt. Dies stieß bei Putin auf Ablehnung, der Russlands Einfluss im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS: Verbindung von elf souveränen Staaten, die Teil der UdSSR waren) wiederherstellen wollte. Moskau mischte sich daher in die 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen der Ukraine ein, wie es aber auch die EU und die USA als Gegenpart zu Russland praktizierten. Ein Ergebnis war die sogenannte Orangene Revolution, eine politische Spaltung der Ukraine und das

Ende der einvernehmlichen Partnerschaft Russlands mit der Ukraine und dem Westen. Erst 2010, nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch, des Verlierers der Orangenen Revolution, zum Präsidenten, verbesserten sich die Beziehungen mit Moskau wieder. Aber Janukowytschs zwiespältige Politik zwischen Russland und der EU sowie Versuche, Opposition und Proteste auf dem Majdan in Kiew auszuschalten, veranlassten das ukrainische Parlament, ihn am 27. Februar 2014 durch eine Übergangsregierung zu ersetzen. Deren EU-Kurs und das geplante Assoziierungsabkommen mit Brüssel empfand Moskau als eine gegen Russland gerichtete Verschwörung des Westens und ließ kurz nach der Flucht Janukowytschs die Krim besetzen. Sie wurde auf Beschluss des russländischen Parlaments am 20. März 2014 in die Russländische Föderation aufgenommen.

Gleichzeitig begann mit Moskaus Unterstützung die Besetzung des Donbass/Donbas durch bewaffnete Milizen.

Rudolf A. Mark ist emeritierter Professor der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Osteuropäische Geschichte, die Geschichte Zentralasiens und der Internationalen Beziehungen.

Literaturtipps

Kerstin S. Jobst, Geschichte der Ukraine, Stuttgart 2015.

Dies., Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris, Berlin/Boston 2020.

Andreas Kappeler, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2017.